Nummer 278

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Castreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Klappe, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 27.

Abendausgabe · 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Montag, 16. Juni 1924

Die heutige Kabinettssitzung.

Wie die T. U. erfährt, tritt das Reichskabinett heute nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der zu der Ausreisesperre Stellung genommen werden soll. Außerdem wird sich das Kabinett mit der Umbildung der Rentenbank, ferner mit Währungs- und Kreditfragen beschäftigen. Die Beratungen in der heutigen Kabinettssitzung stehen natürlich wieder, wenn auch nicht in direktem Zusammenhang mit der Frage des Sachverständigengutachtens. In diesen Tagen werden ja bekanntlich die Verhandlungen über die Goldnotenbank und das Statut der Reichsbank in Berlin fortgesetzt. Die entsprechenden Gesetzentwürfe sind, wenn auch noch nicht endgültig, so doch in rohem Umriß fertig. Mit ihrer Einbringung in das Parlament ist, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vor Mitte Juli nicht zu rechnen.

Verlängerung der Micum-Verträge bis zum 30. Juni.

Düsseldorf, 15. Juni.

Die heutigen Verhandlungen zwischen der Seaferkommission und der Micum dauerten von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Nachdem anfänglich keine Einigung zu erzielen war, konnte man sich nach einer längeren Pause auf folgende Formel verständigen: Der am 15. 6. ablaufende Vertrag zwischen der Micum und dem Ruhrbergbau wird unverändert bis zum 30. 6. verlängert. Es wurde vereinbart, daß das nächste, vom 1. 7. ab abzuschließende Abkommen hinsichtlich der Kohlenpreise, der Zölle, der Zu- und Ablaufmaßnahmen und der anderen Gelbabgaben, rückwirkende Kraft vom 16. 6. aberhalten kann.

Ueber die Vorgeschichte der Düsseldorfer Verhandlungen, die zu einer provisorischen Verlängerung des Micumvertrages geführt haben, erfahren wir von unterrichteter Seite folgendes: Die deutsche Regierung hat am 9. Juni der französischen und belgischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Ruhrkohlenindustrie finanziell nicht mehr in der Lage sei, die Lasten des Vertrages nach dem 15. Juni noch weiter auf sich zu nehmen. In der Note wurde andererseits anerkannt, daß die französische und belgische Wirtschaft die deutschen Leistungen auch nach dem 15. Juni nicht entbehren könnten. Die Reichsregierung hat daher angeregt, daß in unmittelbaren Verhandlungen ein Ausweg aus dieser schwierigen Lage gesucht werde, der den beiderseitigen Interessen Rechnung tragen soll. Bei den diplomatischen Besprechungen, die sich an die Notenübergabe anschlossen, hat sich ergeben, daß in Paris Verständnis für diesen Vorschlag vorhanden ist. Die tatsächliche Schwierigkeit bestand indessen darin, daß vor dem 15. Juni wegen der inneren politischen Lage Frankreichs solche Verhandlungen von Regierung zu Regierung nicht geführt werden konnten. Die deutsche Regierung hat daher den Vorschlag gemacht, die Micumverträge rein tatsächlich auf kurze Frist zu verlängern, und zwar nur zu dem Zweck, um Zeit für direkte Verhandlungen zu gewinnen. Diesem Vorschlag ist in Paris und Brüssel zugestimmt worden. Auch die Vertreter der Micum, die anfangs eine Verlängerung der Verträge bis zur Gesamtregelung des Reparationsproblems verlangten, haben schließlich zugestimmt. Sie haben ferner anerkannt, daß gegenüber der früheren Lage eine wirtschaftliche Verschlechterung im Ruhrkohlenbergbau eingetreten sei und daß Erleichterungen, die gegebenenfalls später getroffen würden, rückwirkende Kraft vom 16. Juni ab erhalten sollen. Nachdem die französische Regierung sich nunmehr konstituiert, betrachtet es die Reichsregierung als ihre Aufgabe, neue Verhandlungen anzubahnen.

Um die Freilassung der Gefangenen.

Direkte Verhandlungen in Paris.

TU Essen, 15. Juni.

Wie die „Telunion" zuverlässig erfährt, begibt sich der bekannte Verteidiger aus den französischen Kriegsgerichtsprozessen, Rechtsanwalt Dr. Grimm-Essen, Mitte dieser Woche nach Paris, um mit den maßgebenden Pariser Stellen wegen einer generellen Begnadigung der gefangenen Deutschen erneut zu verhandeln. Die anläßlich des französischen Nationalfeiertages erwartete Begnadigung der gefangenen Rhein- und Jungdeutscher ist ausgeblieben. Ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens, welches zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, wurde wegen der in der Haft erlittenen Mißhandlungen schon nach ganz kurzer Zeit wieder entlassen.

Herriot setzt Poincarés Außenpolitik fort.

Noch bevor Herriot sich dem französischen Parlament vorstellen konnte, hat er es für angebracht gehalten, sich in einer öffentlichen Erklärung auf die Politik Poincarés gegen Deutschland festzulegen und als Vertrauensmann und Garanten dieser Politik den von jedem Deutschen gehaßten General Nollet, den bisherigen Vorsitzenden der feindlichen Militär-Kontrollkommission, als Kriegsminister in sein Kabinett hineinzunehmen. Auch unter Herriot wird sonach das Ruhrgebiet nicht geräumt werden, bevor die noch garnicht im einzelnen festgelegten Bestimmungen des Dawes-Gutachtens nicht zur Zufriedenheit Frankreichs von Deutschland durchgeführt werden. Außerdem bleibt oberster Gesichtspunkt der französischen Außenpolitik die „Sicherheit Frankreichs". Aehnlich, wenn auch weniger klar, hatte sich Herriot schon sofort nach den französischen Wahlen vom 11. Mai geäußert, und wir haben damals sofort darauf hingewiesen, daß seine Außenpolitik sich von der Poincarés im wesentlichen nicht unterscheiden, sondern nur noch mehr mit Phrasen von Völkerbund und internationaler Verständigung arbeiten wird. Uns hat Herriot also mit seinen jüngsten Erklärungen keine Enttäuschung bereitet. Dagegen werden unsere Demokraten, Sozialisten und Pazifisten einigermaßen in Verlegenheit sein, denn die ganze Reklame, die sie für die Friedensliebe des radikalen sozialistischen Demokraten Herriot gemacht haben, ist schon jetzt als unwahr erwiesen. Seine deutschen Anbeter werden eine neue Illusion ausfindig machen müssen, um mit ihr die Versöhnungsbusseligkeit in den Reihen ihrer Anhänger aufrechtzuerhalten.

In Frankreich selbst wird Herriot für sein außenpolitisches Programm voraussichtlich nur Widerstand bei den Kommunisten und einigen wenigen marxistischen Sozialisten finden. Dagegen werden in seinem innerpolitischen Programm, wie bis jetzt verlautet, eine ganze Reihe Forderungen stehen, die schwere Kämpfe im Parlament hervorrufen werden und seine Mehrheit leicht in Frage stellen können. Mit der Stärkung des Einflusses der sozialistischen Gewerkschaften wird z. B. schon ein großer Teil der Linksrepublikaner kaum einverstanden sein.

Auch hinsichtlich der Verständigungsversuche zwischen Macdonald und Herriot wird Mißtrauen am Platze sein, besonders wenn die Versuche in der Richtung gehen, daß das Rhein- und Ruhrland unter Aufsicht des Völkerbundes neutralisiert und eine Art Saar-System angestrebt werden sollte.

Nach wie vor aber halten wir es für unwahrscheinlich, daß selbst unter Führung Macdonalds und Herriots zwischen England und Frankreich die allgemeine weltpolitische Verständigung erreicht wird, die unter allen Umständen die Vorbedingung eines gegenseitigen Garantievertrages und der Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens wegen des Rüstungswettbewerbes bleibt.

Dr. O.

Warum General Nollet Kriegsminister wurde?

Paris, 15. Juni.

Die Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister erläuterte Ministerpräsident Herriot gestern abend den Journalisten wie folgt:

General Nollet hat mich aufgeklärt über das, was sich in Deutschland ereignet und was ich zum Teil schon gewußt habe. Er, der Deutschland gut kennt, hat den sehr klaren Eindruck, daß es sich unter den gleichen Bedingungen wie Preußen nach 1806 wieder organisiert. Ich bin entschlossen, gegenüber der deutschen Demokratie eine liberale Politik zu treiben, aber es ist nötig, daß es im guten Glauben die Nationalisten verhindert, ihre Propaganda und ihre Organisation weiter zu betreiben. Es ist notwendig, daß das jetzige System sich ändert. Wenn wir keine Befriedigung erlangen können, seien Sie überzeugt, daß wir viel schärfer gegenüber Deutschland sein werden, als andere. Wir werden es sein, weil es sich darum handelt, den Frieden zu sichern, die Achtung vor unseren Rechten und die Entwicklung der demokratischen Bewegung. Deutschland muß wissen, daß wir liberal sind, daß wir uns aber nicht täuschen lassen. Die Teilnahme des Generals Nollet an der Regierung ist für die Nationalisten und alle Deutschen das sichtbare Zeichen, daß wir ihnen nicht gestatten werden, uns zu täuschen und den Frieden zu kompromittieren.

Die Minister übernehmen ihre Aemter.

Paris, 16. Juni.

Die Mitarbeiter Herriots übernehmen heute in den ihnen zugeteilten Ministerien die Leitung der Geschäfte. Herriot selbst hat, wie gemeldet, bereits gestern sowohl von dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten, wie auch dem zurückgetretenen Außenminister die Vollmachten übernommen. Heute vormittag um 10 Uhr findet am Quai d'Orsay der erste Kabinettsrat und heute nachmittag um 4 Uhr der erste Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumergue statt. In ihm wird die Regierungserklärung, mit der das Kabinett morgen nachmittag um 3 Uhr vor das Parlament tritt, festgesetzt werden. Einen Entwurf hat Herriot bereits ausgearbeitet.

Herriot hat den Posten eines Generalsekretärs beim Ministerpräsidenten geschaffen und ihn dem ehemaligen radikalen Abgeordneten Alexandre Israel übertragen.

Seine erste Regierungshandlung hat Herriot dadurch vollzogen, daß er in Begleitung des Kriegsministers und des Marineministers dem „Unbekannten Soldaten" seine Huldigung darbrachte.

Der Beifall der Presse.

EP Paris, 15. Juni.

Das Ministerium Herriot findet auch bei den nationalistischen Zeitungen eine ziemlich günstige Aufnahme, und zwar deshalb, weil General Nollet in die Regierung aufgenommen wurde. Herriot scheint damit den Beweis zu geben, daß er die Mißtrauenspolitik Poincarés Deutschland gegenüber fortzusetzen gedenkt. Er ist somit in einem der wesentlichsten Punkte den Wünschen der Opposition entgegengekommen und dürfte sich damit die Unterstützung eines großen Teiles seiner theoretischen Gegner gesichert haben. Die warnende, für Deutschland bestimmte Erklärung, die er gestern im Senatsgebäude den Vertretern der Pariser Presse abgegeben hat, hat die Auffassung noch verstärkt, daß Herriot nicht daran denkt, Deutschland gegenüber eine Politik der Schwäche zu befolgen, was ihm seit Eröffnung der Regierungskrise im wesentlichen vorgeworfen wurde. So schreibt der „Figaro": Der neue Ministerpräsident hat einen Beweis seiner Aufrichtigkeit gegeben, indem er den General Nollet zum Kriegsminister ernannte. Das Linkskartell wird vor Zorn erzittern, als es diese Ernennung vernommen hat. General Nollet ist gerade derjenige, der am wenigsten dazu beigetragen hat, den Glauben zu erwecken, der Frieden könne hergestellt werden, wenn Frankreich abrüste. General Nollet kommt aus Deutschland. Er war der Präsident der interalliierten Militärkontrollkommission. Er hat während Monaten gegen den schlechten Willen und die List Deutschlands (!) gekämpft. Er ist mit den Deutschen umgegangen und kennt sie. Er glaubt nicht, daß der Völkerbund und das Haager Schiedsgericht genügen, um unsere Sicherheit zu garantieren. — Auch der „Gaulois" beglückwünscht Herriot dazu, den General Nollet in sein Kabinett aufgenommen zu haben. Herriot beweise damit, daß er sich keinen Illusionen über den Geisteszustand (!) Deutschlands hingebe. — Das „Echo de Paris" begrüßt es, daß das neue Kabinett nur allem junge Kräfte aufweise. — Der „Quotidien" fordert Herriot auf, zunächst eine allgemeine Amnestie zu beschließen und von ihr niemanden auszunehmen. Man könnte allerdings befürworten, gewisse Ausnahmen zu machen. Demgegenüber aber müsse anerkannt werden, daß zahlreiche hohe Persönlichkeiten, die sich größere Vergehen zuschulden kommen ließen, sich in Freiheit befinden. Nachher müsse Herriot die Zeit gelassen werden, mit England und Deutschland über die Räumung der Ruhr zu unterhandeln. — Die „Ere Nouvelle" fordert das Linkskartell auf, eine eiserne Disziplin zu bewahren. Nur dann werde es Herriot ermöglicht, überhaupt zu regieren.

(Siehe auch Seite 2)

Hughes in Paris?

EE Paris, 16. Juni.

Der „Matin" läßt sich aus London melden, daß man für den 29. und 30. Juli den Besuch einer großen Abordnung der amerikanischen Rechtsanwaltskammern in Paris erwarte. Die bedeutendsten amerikanischen Rechtsanwälte werden sich der Reise anschließen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch Staatssekretär Hughes, der früher ein großes New-Yorker Bureau leitete, sich dem Besuch anschließen werde.

Die Aussprache zwischen Herriot und Macdonald.

Belgien für eine Verständigung mit Frankreich vor interalliierten Verhandlungen.

London, 16. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Macdonald, der geern nach London zurückkehrte, werde wegen seiner für das Wochenende beabsichtigten Zusammenkunft mit Herriot im Laufe dieser Woche zahlreiche Beratungen mit seinen Ministerkollegen haben und sich mit den Sachverständigenberichten befassen. Zweifellos würden die geplanten Erörterungen in Chequers bzw. London diesmal ein viel größeres Gebiet umfassen, als dies bei den letzten Besuchen von Theunis und Hymans der Fall war. Während es unwahrscheinlich sei, daß das gesamte Schuldenproblem in nächster Zeit aufgerollt werde, werde die Erklärung Herriots, daß er beabsichtige, sich für einen Tag und für drei Tage in England aufzuhalten, hier als Hinweis darauf ausgelegt, daß das Problem der Durchführung des Dawesplanes und damit zusammenhängende Fragen, wie z. B. die politische Amnestie zum Zweck der Vorbereitung für eine Vollkonferenz ziemlich eingehend untersucht werden würden. Außerdem werde angenommen, daß die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu einer derartigen Konferenz sorgfältig erwogen werden wird, ebenso wie die Stellungnahme des Völkerbundes zu den Fragen der militärischen Kontrolle, der Sicherheit und der Rüstungsverminderung. Der Berichterstatter weist weiter darauf hin, daß der Luftfahrtminister Thomson in der letzten Woche als Gast des Premierministers in Lossiemouth geweilt hat, was keineswegs ohne Bedeutung sei, denn der Luftfahrtminister sei in internationalen Fragen eine führende Autorität im Kabinett; er stehe in persönlicher Fühlung mit französischen politischen Führern und kenne auch eine beträchtliche Anzahl deutscher Parteiführer.

London, 15. Juni.

Macdonald, der gestern aus Lossiemouth nach London abfuhr, erklärte in einer Rede in Elgin: „Ich hoffe, daß wir bald den Frieden hergestellt haben." Er sagte weiter, er hoffe, in der nächsten Woche mit dem französischen Premierminister zusammenzutreffen und vertraue darauf, daß das Ergebnis eine vollständige Freundschaft zwischen England und Frankreich sein werde.

Paris, 15. Juni.

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" meldet, in Brüssel sei man der Ansicht, daß, bevor irgendwelche interalliierte Verhandlungen stattfinden, eine französisch-belgische Besprechung abgehalten werden müsse wegen der engen Solidarität der beiden Länder in der Ruhrfrage. Obwohl noch nichts darüber entschieden sei, nehme man an, daß eine Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und den beglischen Ministern Ende der Woche in Paris oder Brüssel stattfinden könne.

Der „tödliche Antagonismus" zwischen Frankreich und Deutschland.

London, 15. Juni.

Churchill schreibt in „Weekly Despatch", wenn nicht der tödliche Antagonismus zwischen Frankreich, das sich von der deutschen Revanche fürchte, und Deutschland, das entschlossen sei, seine Geschichte nicht endgültig durch den Versailler Vertrag bestimmen zu lassen, behoben werde, werde ein künftiges Geschlecht sicher Europa wieder in Asche und Staub gelegt sehen. Es müsse daher die Politik Englands sein, seinen ganzen Einfluß und seine Hilfsquellen anzuwenden, um Frankreich und Deutschland wirtschaftlich sozial und moralisch so eng zusammenzuweben, daß ihre Gegensätze einer Erkenntnis ihrer Abhängigkeit von einander Platz machen. Churchill ist der Ansicht, daß weder die deutsche noch die russische Nation jemals dauernd den durch die Friedensverträge festgesetzten Grenzen zustimmen werden.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

Im Sommegebiet sollen bis Ende dieses Jahres nach einer Havasmeldung 50273 Gebäude wieder instandgesetzt worden sein. Von 40000 zerstörten Baulichkeiten sind bis heute 12400 Wohnhäuser und 12500 landwirtschaftliche Gebäude wieder aufgebaut, von 1370 Kommunalgebäuden 130. Von den 800 zerstörten Schulen ist noch keine einzige wieder errichtet; 100 Gemeinden haben überhaupt in dieser Beziehung noch keine Pläne eingereicht.

Ueber die Wiederaufnahme des in letzter Zeit ins Stocken geratenen, vom holländischen Staat gewährten Lebensmittelkredits an Deutschland soll neu verhandelt werden.

Schreibe überall nur mit „Rheinmetall"!

RHEINMETALL-HANDELSGESELLSCHAFT m. b. H. BERLIN W 8 FRIEDRICHSTR. 56-57